

Von: [LER-Landeselternrat](#)
An: [Undisclosed recipients:](#)
Betreff: WG: Pressemitteilung 45/2024 - Lutz: CDU-Fraktion fordert Maßnahmen gegen Antisemitismus und Extremismus an niedersächsischen Hochschulen
Datum: Donnerstag, 14. März 2024 09:23:34
Anlagen: [image001.png](#)
[image002.png](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,
eine Pressemitteilung der CDU-Fraktion übersende ich Ihnen zur Kenntnisnahme.

Verteiler:

Mitglieder/Ersatzmitglieder
KER/STER/RER
An News Interessierte

Mit freundlichen Grüßen
Andrea Steinert



Gemäß § 168 NSchG gebildet
beim Nds. Kultusministerium



Niedersachsen. Klar.

Landeselternrat Niedersachsen
Geschäftsstelle
Berliner Allee 19
30175 Hannover
Telefon: 0511 / 120-8810
E-Mail: Landeselternrat@mk.niedersachsen.de
www.ler-nds.de

Steinert Telefon 0511 / 120 - 8814
Bürozeit: Di. – Fr.

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten beim Niedersächsischen Kultusministerium:

Ich weise Sie darauf hin, dass Ihnen gemäß Artikel 13 und Artikel 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verschiedene Rechte als betroffene Person zustehen. Eine ausführliche Information, welche Rechte dies im Einzelnen sind und wie Ihre Daten verarbeitet werden, können Sie unter dem Link „[Datenschutz im Nds. Kultusministerium](#)“ abrufen.

Diese E-Mail ist ausschließlich für die/den Adressaten/in bestimmt und kann vertrauliche Informationen enthalten, die unter den Datenschutz fallen. Sollten Sie nicht zu den zum Empfang der Nachricht berechtigten Adressaten gehören, dann ist jegliche Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weiterleitung untersagt. Falls Sie diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, bitte ich Sie um kurze Nachricht. Bitte löschen Sie die E-Mail anschließend von Ihrem Computer-System.

Von: Pressestelle CDU-Fraktion <presse.cdufraktion@lt.niedersachsen.de>
Gesendet: Mittwoch, 13. März 2024 15:59
An: Pressestelle CDU-Fraktion <presse.cdufraktion@lt.niedersachsen.de>
Betreff: Pressemitteilung 45/2024 - Lutz: CDU-Fraktion fordert Maßnahmen gegen Antisemitismus und Extremismus an niedersächsischen Hochschulen

Andreas Bolte
Pressesprecher

**Pressemitteilung
Nummer 45/2024**

13. März 2024

Lutz: CDU-Fraktion fordert Maßnahmen gegen Antisemitismus und Extremismus an niedersächsischen Hochschulen

Hannover. In einer eindringlichen Rede im Landtag hat die wissenschaftspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Cindy Lutz, heute eine Gesetzesinitiative der CDU zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes eingebracht. Der Entwurf sieht die Einführung eines hochschuleigenen Ordnungsrechts vor, um schneller und effektiver gegen Antisemitismus, Extremismus und Gewalt an den Hochschulen vorgehen zu können.

“Der Fall von Lahav Shapira, einem jungen jüdischen Studenten aus Israel, der Anfang Februar in Berlin mutmaßlich aus antisemitischen Motiven angegriffen wurde, zeigt die Dringlichkeit unserer Initiative. Unsere Hochschulen müssen Orte des freien Wissensaustauschs und der offenen Diskussion bleiben, unbelastet von fanatischen oder extremistischen Einflüssen. Es bedarf eines klaren rechtlichen Rahmens, der es den Hochschulen ermöglicht, angemessen auf antisemitische und extremistische Vorfälle zu reagieren und sicherzustellen, dass Hochschulen für alle Studierenden und Hochschulangehörigen sicher sind”, so Lutz

Der vorgeschlagene Gesetzesentwurf sieht eine differenzierte Herangehensweise vor, um den Hochschulen bei den Sanktionsmöglichkeiten Flexibilität zu gewährleisten. Er umfasst einen erweiterten Katalog von Ordnungsverstößen und stellt sicher, dass bei der Störungsabwehr der Schutz der Grundrechte Dritter im Fokus steht.

“Wir wollen sehr bewusst kein starres 'Alles-oder-nichts'-Prinzip bei der Exmatrikulation. Das Ziel des Ordnungsrechts ist es nicht, den friedlichen

studentischen Diskurs zu beeinträchtigen. Aber da, wo Gewalt oder schwerwiegende Störungen des Hochschullebens vorliegen, müssen unsere Hochschulen handlungsfähig sein, und zwar auf Basis einer gesetzlichen Grundlage", so Lutz abschließend.